

Firmenname und Anschrift des Bieters

Ort, Datum

Eingereicht über dtvp.de

Verbraucherzentrale Bundesverband

- Vergabestelle -

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

ANGEBOT (ANLAGE 2)

Aktenzeichen: 2026-0238

| | |
|--|-------------------------|
| Ablauf der Angebotsfrist: | 07.07.2026 12:00 |
| Ablauf der Rückfragefrist: | 30.06.2026 |
| Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: | 06.08.2026 |
| Laufzeit des Vertrages | 01.08.2026 - 31.07.2032 |

1. Unter Anerkennung der allgemeinen und ergänzenden Vergabeunterlagen verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, für den Fall der Zuschlagserteilung, die

Leistung gem. Leistungsbeschreibung (Anlage 1)

2. zu dem von uns im Preisblatt (Anlage 3) eingesetzten Preis zu übernehmen.
3. An mein / unser Angebot halte ich mich / halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.
4. Dem Angebot liegen die mit der Angebotsaufforderung überlassenen Vergabeunterlagen zugrunde, insbesondere die Leistungsbeschreibung, das

Preisblatt sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

5. Ich / Wir beabsichtige/n, die Leistung

☐ alleine auszuführen.

☐ Nachunternehmer einzusetzen. Sollten Teile der Leistungen von Nachunternehmern erbracht werden, müssen diese Teile in einer gesonderten Nachunternehmererklärung aufgeführt werden. (Ein entsprechendes Formular ist bei der Vergabestelle anzufordern).

☐ in einer Arbeits- / Bietergemeinschaft auszuführen. Die Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist aus dem Formblatt „Erklärung der Bietergemeinschaft“ ersichtlich. (Ein entsprechendes Formular ist bei der Vergabestelle anzufordern).

6. Ich / Wir erfülle(n) die Voraussetzungen als Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß der Definition in der Empfehlung 2003/361/EC der Kommission (nicht mehr als 249 Beschäftigte sowie ein Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen Euro).

☐ Ja

☐ Nein

Diese Angabe dient der statistischen Erfassung aller Bieter im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe. Es werden keine Unternehmensdaten weitergegeben.

7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Ausführung des Vertrages bzw. Auftrages, dass er innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland

- die Vorschriften des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20.04.2009 (BGBI. I S. 799) einhält und
- bei seinen Beschäftigten bzw. der Nachunternehmer bei seinen Beschäftigten, die in den Anwendungsbereich des Mindestlohngesetzes fallen, mindestens den derzeit geltenden gesetzlichen Mindestlohn zahlt.

8. Ich / Wir bestätige/n, dass ich / wir nicht wegen eines Verstoßes gemäß §§ 19, 21 MiLoG (z. B. Pflicht zur Zahlung des Mindestlohnes) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,00 EUR oder wegen eines sonstigen Verstoßes mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten belegt worden bin /sind.

9. Ich / wir erkläre/n mich / uns damit einverstanden, dass die bekannt gegebenen personenbezogenen Angaben und übrigen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert werden.
10. Ich / wir bin / sind mir / uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben kann.
- Diesem Angebotsschreiben beigelegte Anlagen
 - Preisblatt (Anlage 3)
 - Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage 4)
 - Zulassungsurkunde zum Titel Fachanwalt
 - Lebenslauf aus dem die für die Eignung und Wertung notwendigen Informationen über die Hauptansprechperson hervorgehen (s. Wertungsmatrix Anlage 5):
 - o Zulassung Rechtsanwalt/Rechtsanwältin seit dem [Datum].
 - o Berechtigt zum Führen der Bezeichnung ,Fachanwalt/Fachanwältin für gewerblichen Rechtsschutz seit dem [Datum].
 - o Auskunft über aktive Mitgliedschaft in GRUR bzw. fachlich einschlägigen Vereinigung
 - o Lehr- oder Dozententätigkeiten nebst Datum
 - o Einschlägige Fortbildungen nebst Datum
 - o Publikationen aus dem Bereich gewerblicher Rechtsschutz seit 01.01.2020.
 - Mandatsliste mit einschlägigen Referenzen ausreichend zum Nachweis der einschlägigen Erfahrung im Markenrecht in einem Verbraucherorganisation. Bei anonymisierter Mandatsliste ist eine zusätzliche anwaltliche Versicherung bezüglich der Zugehörigkeit zur Verbandsfamilie abzugeben.
 - Kanzleieigene Mandats-/Vergütungsvereinbarung

Angebote, die auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters hinweisen, werden ausgeschlossen.

Die nachstehende Erklärung gilt für alle Bestandteile des Angebots, wozu insbesondere die oben genannten Vergabeunterlagen nebst Anlagen und die hierin gemachten Eintragungen zählen.

| | |
|------------------------------|---------------------------------------|
| Ansprechpartner beim Bieter: | Telefonnummer und E-Mail des Bieters: |
|------------------------------|---------------------------------------|

| | |
|---|---|
| | |
| Vertretung beim Bieter* (sofern vorhanden): | Telefonnummer und E-Mail des Bieters: |
| | |
| Finanzamt und Steuer-Nr. (nur bei USt.-Pflicht) des Bieters*: (Im Falle einer Bietergemeinschaft, das Finanzamt des Vertreters der Bietergemeinschaft) | |
| Bankverbindung des Bieters*: | Bank: IBAN: BIC: |

Die mit * gekennzeichneten Felder dienen, im Falle einer Zuschlagerteilung, zur Vorbereitung des Vertrages.

Name des Erklärenden, Unternehmen